

**Antrag 2023/II/Ges/6**

**Kreis Bergedorf**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren (Landesebene)**

1 Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemo-  
2 kratischen Mitglieder des Senates werden aufgefordert, sich für die Schaffung weiterer psy-  
3 chosozialer Hilfsangebote für geflüchtete Menschen einzusetzen.

**4 Begründung**

5 Im derzeitigen Bundeshaushaltentwurf für das Jahr 2024 ist vorgesehen, die psychosoziale  
6 Hilfe für Geflüchtete um zehn Millionen Euro, das sind etwa 60 % des derzeitigen Budgets,  
7 zu kürzen. Diese drastische Kürzung bedeutet, dass unterstützungsbedürftige Menschen kei-  
8 ne Hilfe bekämen, dass bestehende Therapien abgebrochen werden und Angebote dauerhaft  
9 geschlossen werden müssten.

10 Tatsächlich sind die bereits jetzt bestehenden Angebote nicht ausreichend und werden dem Be-  
11 darf in dieser aufgrund ihrer Leidens- und Fluchtgeschichte überproportional von teils schwe-  
12 ren Traumata und psychischen Erkrankungen betroffenen Gruppe nicht gerecht. Es sind also  
13 eine Verstetigung und bedarfsgerechte Ausfinanzierung der bestehenden Angebote nötig.

14 Da der Bund hier seiner Aufgabe nicht nachkommt, ist es nötig, zumindest bei uns in Hamburg  
15 entsprechende Angebote in ausreichender Qualität vorzuhalten. Vorfälle wie das Attentat in  
16 Brokstedt führen uns immer wieder schmerzlich vor Augen, wie nötig eine gute psychosoziale  
17 Versorgung ist.

18

19

20